



**Interpellation der FDP-Fraktion  
betreffend die bisherigen Erfolge für mehr Fairness beim NFA  
vom 1. Oktober 2016**

Die FDP-Fraktion hat am 1. Oktober 2016 folgende Interpellation eingereicht:

In seinem Bericht und Antrag vom 24. November 2015 zum Postulat der Fraktionen der CVP und der FDP für eine Sistierung der interkantonalen Zusammenarbeit des Kantons Zug bis zu einer gesetzeskonformen Umsetzung des NFA (Vorlage 2537) führt der Regierungsrat aus, dass Fortschritte in der Zusammenarbeit innerhalb der Konferenz der Kantone (KdK) erzielt wurden. So setzte die KdK am 25. September 2015 eine paritätisch aus Vertretern von Nehmer- und Geberkantonen zusammengesetzte Arbeitsgruppe zusammen, welche Vorschläge zu einer Verbesserung des NFA im Sinne einer Entlastung der Geberkantone erarbeiten sollte. Namentlich ging es um eine Entpolitisierung der Dotation des Ressourcenausgleichs. Seitens KdK sei das Verständnis für die Situation der Geberkantone gewachsen. Auch äusserte sich die Regierung zuversichtlich, dass innerhalb der KdK erkannt und akzeptiert wurde, dass die Minorisierung der Geberkantone aufhören müsse und proaktiv Lösungen zu erarbeiten seien, um reine Verteilungskämpfe zu vermeiden.

Inzwischen wurden die Zahlen für 2017 bekannt. Der Kanton Zug wird erneut noch mehr bezahlen müssen als im Vorjahr und inzwischen ist auch der Kanton Zürich aufmerksam geworden. Der Eindruck entsteht, dass die guten Worte der KdK an die Adresse der Geberkantone eben nichts als gute Worte waren. Um es nicht bei einem vagen Eindruck zu belassen, stellen wir rund ein Jahr nach dem „guten Willen“ der KdK dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Welche konkreten Ergebnisse zur Verminderung der Solidarhaftung von Geber- und Nehmerkantone wurden inzwischen erzielt?
2. Welche Ergebnisse zur Erhöhung der Wirksamkeit des Ressourcenausgleichs (v.a. Mindestausstattung bei 85 % des schweizerischen Durchschnitts fixieren, Abstufung der Unterstützung nach Ressourcenstärke der Nehmerkantone) wurden inzwischen erzielt?
3. Inwiefern wurde die aggregierte Steuerbemessungsgrundlage auf 2016 oder mindestens auf 2017 angepasst?
4. Per wann wurde oder wird ein Mechanismus zur Reduktion des Ressourcenausgleichs bei Steuerdumping durch Nehmerkantone eingeführt?
5. Inwiefern wurde oder wird in absehbarer Zeit die Laufzeit des Härteausgleichs verkürzt?
6. Fragen 1 bis 5 beziehen sich auf Mängel, welche die Geberkantone schon länger kritisieren. Falls bei diesen Themen bisher keine substanziellen Ergebnisse erzielt wurden: Ist ein anderweitiges nennenswertes – über die Signalisierung von Gesprächsbereitschaft hinaus gehendes – Entgegenkommen seitens der Nehmerkantone zu verzeichnen und wie sieht dieses aus?
7. Wie wertet der Regierungsrat die Situation um den NFA für den nationalen Zusammenhalt?
8. Sollten die Vorschläge der durch die KdK eingesetzten Arbeitsgruppe Marty scheitern, welche Plan B-Szenarien sind für den Regierungsrat denkbar?